

Zürich, 7. Dezember 2015

KR-Nr. 326/2015

A N F R A G E von Martin Sarbach (SP, Zürich) und Andreas Hauri (GLP, Zürich)

betreffend Hochpreisinsel Schweiz

In seiner Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 316/2012 hat der Regierungsrat bestätigt, dass der Kanton Zürich, genauso wie die Konsumentinnen und Konsumenten, gegenüber Abnehmern derselben Produkte aus dem Ausland einen ungerechtfertigten «Zuschlag Schweiz» bezahlt. Dies betrifft insbesondere medizinische und biomedizinische Produkte. Er hat zudem in seiner Antwort für seine inhaltliche Positionierung gegenüber griffigeren kartellrechtlichen Regeln auf die laufenden Kommissions- und Parlamentsberatungen der damals hängigen Kartellrechtsrevision verwiesen.

Nachdem die Kartellrechtsrevision, welche Massnahmen gegen die Hochpreisinsel Schweiz gebracht hätte, im Bundesparlament scheiterte, haben im Nachgang zum «Frankenschock» weite Kreise erkannt, dass gegen das volkswirtschaftlich schädlich hohe Preisniveau angegangen werden muss. Folgerichtig hat die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren in ihrer Medienmitteilung vom 5. November 2015 ausdrücklich bekräftigt, dass sie die diesbezüglichen Bemühungen auf nationaler Ebene (Parlamentarische Initiative Altherr) unterstützt.

Wir bitten den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Haltung der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren?
2. Ist der Regierungsrat bereit, im Rahmen des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens (Vernehmlassung) die Initiative Altherr zu unterstützen?

Martin Sarbach
Andreas Hauri

326/2015